

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/42

28. Februar 1973

Vorstoß in absolutes Neuland

Zur Diskussion um den "Orientierungsrahmen 85"

Von Helmut Schmidt MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 1 bis 4 / 186 Zeilen

Europa-Parlament wurde munterer

Walter Behrendt zieht Fazit seiner Präsi-
denten-Zeit

Seite 5 und 6 / 71 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Partei des Volkes" und "Neue Mitte"

Seite 7 bis 9 / 112 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38
Telefax: 585 846 / 586 847/
5300 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Vorstoß in absolutes Neuland

Zur Diskussion um den "Orientierungsrahmen 85"

Von Helmut Schmidt MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD

In den letzten Wochen mehrten sich endlich die Diskussionsbeiträge zum Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens. In unserer Partei werden in Vorbereitung des kommenden Bundesparteitages kritische Papiere diskutiert, die in vielen Arbeitsgruppen, wie immer mit großem Engagement und Fleiß, erarbeitet worden sind. Dazu folgen hier sieben Bemerkungen:

1/ Angesichts des eindeutigen Auftrags des Saarbrücker Parteitags hat die bisherige "Langzeit-Kommission" nicht beabsichtigt, ein Parteiprogramm zu entwerfen; unser Auftrag lautete, "auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms" zu arbeiten. Deshalb geht derjenige Teil der Kritik, der in Wahrheit auf Aussagen des Grundsatzprogramms zielt, am Thema vorbei. Unser Entwurf darf nicht als Hebel gegen Godesberg mißbraucht werden; wer eine Diskussion über das Grundsatzprogramm will - und dies zu wollen ist nicht von vornherein illegitim - muß den Mut aufbringen, dies klar und deutlich zu sagen. Ich für meine Person sehe allerdings keinen politischen Anlaß, von der Godesberger Grundlage wegzugehen.

2/ Die sogenannte "Langzeit-Kommission" hat von Anfang an davor gewarnt, ihren ersten Entwurf - mit vom Parteitag zu beschließenden Änderungen - sogleich verabschieden zu wollen. Denn einerseits halten wir den Entwurf nicht für ausgereift; man vergleiche nur meine den veröffentlichten Entwurf vorangestellte Einführung. Andererseits kann eine Partei sich nicht in einem konkretisierten und quantifizierten Katalog von Zielvorstellungen und Mitteln und Wegen für einen so langen Zeitraum endgültig festlegen. Die wirtschaftlichen Projektionen müssen genau so fortgeschrieben werden wie jede einfache Finanzplanung auch. Vor allem muß aber die Partei in den Prioritäten beweglich bleiben, weil mit Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Erfordernisse für die führende Regierungspartei zu rechnen ist. Im Übrigen würde ein verbindlich beschlossener Total-Plan dem Selbstverständnis einer demokratischen Partei widersprechen.

Deshalb kommt in der Stellungnahme des Parteivorstandes vom 2. Juni 1972, die die Veröffentlichung unseres Entwurfs begleitete, zum Ausdruck, "daß der Entwurf jedenfalls alle zwei Jahre der Korrektur sowie der Fortschreibung bedarf; der Parteivorstand wird

deshalb eine ständige Arbeitsgruppe mit dieser Aufgabe beschäftigen, die auch für Anfragen aus der Parteiorganisation zur Verfügung steht". Der Parteirat verdeutlichte in seiner Entschließung vom 24. Juni 1972: "Der 'Orientierungsrahmen' muß den Entwicklungen jeweils angepaßt, und er muß fortgeschrieben werden. ...Dafür sollte der nächste Ordentliche Parteitag eine neue Kommission einsetzen, die aus je einem Vertreter der Bezirke bzw. Landesverbände und vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern besteht".

3/ Aus dem vielstimmigen Chor der bisherigen Diskussionsbeiträge sind die gewerkschaftlichen Aussagen am wichtigsten. Der DGB hat auf seinem Berliner Bundeskongreß im Juni/Juli 1972 eine ganz ähnliche Aufgabenstellung entwickelt, ein "Programm zur Finanzierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen" auszuarbeiten. Wir müssen für die weitere Behandlung unseres Entwurfs zum Orientierungsrahmen zu einem engen Dialog mit den Gewerkschaften kommen.

Besondere Übereinstimmung mit dem DGB ist in der von uns projektierten Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von zunächst real 4,5 vH. und dann - ab 1975 - von fünf vH. deutlich, die von Kritikern als Wachstums-"Fetischismus" abgetan wird. Der DGB geht in seiner gerade veröffentlichten Zielprojektion bis 1977 von einer jährlichen Wachstumsrate von sogar 5,5 vH. und von einer ebensolchen jährlichen Zunahme der Arbeitsproduktivität aus. Die Kollegen in den Gewerkschaften wissen, daß die breite Masse der Arbeitnehmer noch viele Jahre realer Einkommenssteigerungen bedarf, um der vom grandios einseitigen "Club of Rome" ausgehenden Empfehlung auf Wachstumsverzichte überhaupt Verständnis entgegenbringen zu können.

4/ Zu sehr im Hintergrund der Diskussion geblieben ist bisher leider der schwergewichtige Vorschlag unseres Entwurfs, den "öffentlichen Korridor", d.h. den Anteil der öffentlichen Hände am Bruttosozialprodukt von rd. 28 vH. im Jahre 1970 auf 34 vH. im Jahre 1985 ansteigen zu lassen. Dieser zentrale Vorschlag ist nach der Veröffentlichung unserer Vorlage von der CDU scharf angegriffen worden; er hat im Wahlkampf die größte Bedeutung gehabt. Das hatte es bisher nicht gegeben, daß eine Partei mitten im Wahlkampf den Mut hatte, von den wählenden Bürgern einen höheren Beitrag für die öffentlichen Leistungen zu fordern; die Gewerkschaften haben uns allerdings auch hier von Anfang an unterstützt. Die Forderung, daß vorher eine größere Steuergerechtigkeit mit einer stärkeren Belastung derjenigen, die es tragen können, hergestellt werden muß, ist für Sozialdemokraten selbstverständlich, der Bonner Steuerparteitag hat diese Tatsache eindeutig erhärtet. Die gewichtige Rolle, die die Ausweitung des

"öffentlichen Korridors" zur Erfüllung gesellschaftspolitischer Erfordernisse und Bedürfnisse im Wahlkampf gespielt hat, bedeutet einen klaren politischen Auftrag.

Trotzdem: Der Kern unseres Entwurfes, nämlich die Vorschläge zur Erweiterung des öffentlichen Anteils an der Verwendung des Sozialproduktes und zur Verschiebung der Anteile bei den hauptsächlichlichen Verwendungszwecken, bedarf dringend der kritischen Abwägung. Zu meinem persönlichen Bedauern hat die "Langzeit"-Kommission darauf verzichtet, hier Alternativen anzubieten. Erst sie hätten wahrscheinlich das tatsächlich vorgeschlagene Modell der Verwendung politisch plausibel gemacht. Trotzdem: Hier wäre der eigentliche Ort der Auseinandersetzung zu suchen!

5/ Die erste "Langzeit"-Kommission hat die dem Godesberger Grundsatzprogramm immanente Gesellschaftsanalyse zugrunde gelegt. In vielen Diskussionsbeiträgen wird nun gewünscht, der Orientierungsrahmen solle sich in seiner nächsten Phase auf eine ausführliche Darlegung der angenommenen gesellschaftlichen Analyse stützen. Der Wunsch ist verständlich, die neue Kommission wird ihm wohl entsprechen - sie darf dabei aber nicht das Godesberger Grundsatzprogramm verletzen.

Dabei bleibt zu beachten: Nicht die Interpretation, sondern die Veränderung der bestehenden Gesellschaft ist die eigentliche politische Aufgabe. Wichtiger als ein Kolossal-Gemälde der Gesellschaft ist die Analyse einzelner Teilbereiche von Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Funktionen, weil aus ihr die Erkenntnis nicht nur der Zielsetzungen im Einzelnen, sondern auch der adäquaten Mittel und Wege erwächst.

6/ Die bisherige "Langzeit"-Kommission hat - trotz der ehrenamtlichen Mitarbeit von beinahe einhundert sozialdemokratischen Fachleuten verschiedenster Bereiche und trotz guten Willens - nicht vermocht, in der verfügbaren Zeit in allen Bereichen die adäquaten Mittel und Wege näher zu bezeichnen oder zur Debatte zu stellen; dafür fehlt die Vorarbeit. Sie hat zwar die Gültigkeit der im Godesberger Programm grundsätzlich vorgestellten Instrumente und die Ergebnisse des Steuerparteitages selbstverständlich und ausdrücklich unterstellt; gleichwohl fehlt im bisherigen Entwurf

noch ein Kapitel über die "Implementation", d.h.: eine Beschreibung des Weges zur Verwirklichung der vorgeschlagenen zukünftigen Verwendung des Sozialproduktes.

7/ Die Erarbeitung des Godesberger Grundsatzprogramms und die schließliche Beschlußfassung haben praktisch von unmittelbar nach dem Dortmunder Parteitag 1952 bis zum Godesberger Parteitag 1959 gedauert. Der jetzt vorgelegte Entwurf zu einem langfristigen ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen ist ein Vorstoß in absolutes Neuland, er wird deshalb mindestens ebenfalls mehrere Jahre innerparteilicher (und öffentlicher) Diskussion bedürfen, ehe er eine ausgereifte Gestalt gewinnt.

Diese Diskussion in Gang gesetzt zu haben, betrachte ich als Verdienst einer Kommission, die ihren Vorschlag einmütig vorgelegt hat, obgleich sie von Jochen Steffen und Rudi Arndt bis zu Klaus-Dieter Arndt und Holger Börner, von Gerd Muhr und Gerda Hesse bis zu Philipp Rosenthal nicht nur alle denkbaren Meinungsschattierungen, sondern von der Wissenschaft über die Parlamente aller Stufen bis zur kommunalen, Länder-, Bundes- und EWG-Verwaltung, von den Gewerkschaften bis zu unternehmerischer Arbeit auch alle Erfahrungsbereiche ausgeschöpft hat, die 1971 und 1972 der SPD zur Verfügung gestanden haben. Dies sollte derjenige bedenken, der glaubt, den Grundsatz des Entwurfes kategorisch verwerfen zu sollen.

Keine programmatische Äußerung der Sozialdemokratie ist ohne den Willen zum Kompromiß möglich. Jeder tragfähige Kompromiß setzt aber voraus, daß die Standpunkte, die Interessen und die Zielsetzungen klar herausgearbeitet werden. Das ist die Aufgabe der Diskussion. Der Hannoveraner Bundesparteitag wird diese Diskussion wesentlich fördern, er wird Tendenzen angeben und neue, zusätzliche Aufträge formulieren. Er muß, wie es schon der Saarbrücker Parteitag vorgesehen hatte, eine neue Kommission für die weitere Arbeit einsetzen.

(-/28.2.1973/ks/ex)

+ + +

Europa-Parlament wurde munterer

Walter Behrendt zieht Fazit seiner Präsidenten-Zeit

"Der Begriff Demokratie wird überall gebraucht, in der Europäischen Gemeinschaft jedoch sehr klein geschrieben." Diese für alle Europäer wenig erfreuliche Feststellung trifft kein geringerer als der derzeitige Präsident des Europäischen Parlaments, der SPD-Bundestagsabg. Walter Behrendt. Seine Enttäuschung ist verständlich, denn auch während seiner Mitte März zu Ende gehenden zweijährigen Amtszeit sind dem Europäischen Parlament echte Entscheidungs- und Kontrollrechte sowie die Direktwahl seiner Abgeordneten noch immer vorenthalten geblieben. Seit Gründung der EWG vor 14 Jahren führen die Europa-Abgeordneten einen ziemlich erfolglosen Kampf um demokratisch-parlamentarische Mitbestimmung. Eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in der EG ist nach der Erweiterung auf neun Staaten noch dringender geworden. "Je undurchsichtiger das Entscheidungsverfahren des EG-Ministerrates ist, umso unsicherer wird auch das Verhältnis des Bürgers zu Europa", meint Behrendt in diesem Zusammenhang.

Derzeit werden die Beschlüsse der EWG, die Auswirkungen für mehr als 250 Millionen Menschen haben, nach wie vor in geheimen Sitzungen getroffen. Eine öffentliche oder gar parlamentarische Kontrolle der Brüsseler Euro-Entscheidungen gibt es nicht. Dabei gehen immer mehr Souveränitätsrechte der einzelnen Regierungen und Parlamente auf die Brüsseler Institutionen über. Der einzelne Bürger und die Gruppen können daher nicht oder nur schwer überblicken, zu wessen Gunsten oder Ungunsten im Namen Europas entschieden wird. Nicht zuletzt diese fehlende Transparenz macht die Skepsis vieler Arbeitnehmer gegenüber der EG und ihren sozialen, ökonomischen und regionalen Auswirkungen verständlich. Zu Recht oder zu Unrecht stehen sie in

der EWG ein "Europa der Konzerne und Kartelle". Die europäische Einigung braucht aber auch gerade die Unterstützung der Masse der Arbeitnehmer.

Bundeskanzler Willy Brandt hat auf der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 den Anstoß für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik gegeben. Bis zum 1. Januar 1974 soll ein sozialpolitisches Aktionsprogramm vorliegen, über das die Sozialminister der Gemeinschaft dieser Tage schon beraten haben. Die sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft werden Ende April in Bonn einen speziellen Kongreß über die Fragen der europäischen Sozialpolitik veranstalten.

Trotz des Defizits an demokratischen Strukturen der Europäischen Gemeinschaft kann Präsident Walter Behrendt mit seiner zweijährigen Amtsperiode zufrieden sein. Immerhin darf das Europäische Parlament jetzt über seinen eigenen Haushalt beschließen. Auf Initiative Behrendts wurden im Europa-Parlament eine Fragestunde und eine aktuelle Stunde eingeführt. Es waren also nicht erst die britischen konservativen Abgeordneten - die Labour-Vertreter boykottieren Europa vorerst noch -, die frischen Wind nach Straßburg brachten. Stark bemüht hat sich Behrendt um eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung mit den nationalen Parlamenten; er brachte zum zweiten Mal nach zehn Jahren die Präsidenten von 14 Parlamenten aus der Gemeinschaft zusammen. Um die Verbundenheit der Europäischen Gemeinschaft mit Berlin zu dokumentieren, tagte das erweiterte Präsidium erstmals im Berliner Reichstagsgebäude. Der nach dem Berlin-Abkommen durchaus zulässigen Sitzung war ein Protest der DDR vorausgegangen. Ohne direkt darauf einzugehen, hat das Präsidium des Europa-Parlaments in Berlin erklärt, daß es nach freiem Entschluß und auf eigene Initiative seine Tagungen abhalte; dies sei auch diesmal der Fall gewesen. Im Übrigen wiederhole das Spitzengremium der EWG-Volksvertretung, daß die europäischen Verträge voll und ganz für Berlin gültig seien. Aufgrund seiner besonderen Lage komme der Stadt eine Mittlerfunktion zwischen den bisher getrennten Teilen Europas im Rahmen der Entspannungspolitik zu.

Nicht ohne Stolz kann Behrendt jetzt die Bilanz ziehen, daß das Europäische Parlament "munterer geworden ist und zunehmend die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Europa bekommt".

Egon C. Heinrich
(-/28.2.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Partei des Volkes" und "Neue Mitte"

Der SPD-Bezirksvorsitzende Franken der SPD und Landesgruppenvorsitzender der bayerischen MdBs in der SPD-Fraktion, Bruno Friedrich MdB, veröffentlicht am 1. März in der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Vorwärts" einen Artikel, den wir im Wortlaut wiedergeben.

"Im Frühjahr 1965 hat der wegen Hitler in die USA emigrierte Otto Kirchheimer in der 'Politischen Vierteljahresschrift' in einer 'neuen Hypothese über die Ursache des Erfolges und Versagens von Parteiensystemen' auf den Wandel des westeuropäischen Parteiensystems hingewiesen. Als neuen Typ der regierungsfähigen Mehrheitspartei beschrieb Kirchheimer die Catch-all-Party, was man, nicht ganz zutreffend, mit Allerweltpartei übersetzte.

Kirchheimer analysierte die wachsende Aufsplitterung der Wähler in Gruppen, deren Wünsche insgesamt zu befriedigen keiner Partei möglich sei; deshalb die Notwendigkeit großer Integrationsparteien, die ihrerseits gezwungen seien, mit möglichst allgemeinen, im Detail unverbindlichen Wahlplattformen dem Wähler gegenüberzutreten. Wichtige Konsequenz dieser Entwicklung war nach Kirchheimer die Entideologisierung, verbunden mit einem schwindenden Einfluß der Mitglieder.

Sechs Jahre vor Kirchheimers Definition der Allerweltpartei hatte die SPD in Godesberg im Grundsatzprogramm ihren neuen Standpunkt in der Gesellschaft so umschrieben: 'Die SPD ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.' Der Passus 'Partei des Volkes' wurde verkürzt zu 'Volkspartei' und häufig als politische Anpassung, aber auch als strukturelle Anpassung an die Unionsparteien interpretiert.

Was ist von dem in Godesberg 1959 beschlossenen Satz 1973 noch gültig? Ist der inzwischen als Definition oft verwendete Begriff 'Partei der Lohnabhängigen' die zeitgemäße Formulierung

von Klassenpartei? Die Frage der Öffentlichkeit heißt nicht nur: 'Was wird aus der CDU?', man fragt auch: 'Wohin geht die SPD?'

Zunächst bestimmt die Verfassungslage nach wie vor die Machtlage. Nach der Verfassungslage besitzt die Regierung die Entscheidungsgewalt. Personelle Veränderungen in der Spitze stehen nicht ins Haus. Die wachsende Mobilität der SPD-Basis hat bis jetzt nichts verändert. Beim Versuch, die gegenwärtige innerparteiliche Entwicklung der SPD zu beurteilen, wäre zu prüfen, ob der Aufstieg der SPD zur stärksten Partei am 19. November 1972 noch die Fortsetzung, noch die Verlängerung des Weges von Godesberg ist oder ob schon die 1968 begonnene Re-Ideologisierung der SPD neue Kräfte zugeführt hat.

Fest steht, daß manche den Regierungsbonus und das Vertrauen des Wählers in Willy Brandt als selbstverständliche Größe einbeziehen, ein Verhalten, das freilich nicht neu, sondern nur Kopie des CDU-Verhaltens der 50er Jahre ist. Auch die Meinung, daß man sich ohne Rücksicht auf den Wähler innerparteilich alles leisten kann, erinnert an überhebliche Unionsallüren aus der Zeit Adenauers.

Die SPD muß begreifen, daß ihre innerparteiliche Szene für den Wähler unüberschaubar geworden ist. Die Transparenz, die Durchschaubarkeit einer Partei auf allen Ebenen, ist aber die Voraussetzung ihrer Wählbarkeit. Hier liegen Gefahren. Deshalb muß die SPD in den kommenden Jahren alle Kraft aufwenden, um sich ganz auf den innerparteilichen Klärungsprozeß zu konzentrieren, um bis 1976 jene Klarheit zu schaffen, die der Wähler nun einmal wünscht, ehe er seinen Stimmzettel für eine Partei abgibt.

Der von Willy Brandt verwendete Begriff 'Neue Mitte', der die Union alarmiert hat, bedarf einer konkreten Ausdeutung. Brandts Feststellung auf die 'Neue Mitte', bekräftigt zunächst, daß die SPD die 'Mitte' besetzt hat und nicht zu räumen gedenkt. Ich hoffe, auch nicht vor dem Koalitionspartner FDP, der im Streit um die 'Neue Mitte' der stärkste Konkurrent der Sozialdemokraten geworden ist.

Kirchheimer hat 1965, und ich meine zu recht, darauf hingewiesen, daß die 'Allerweltpartei' politische Reformen nur durch-

führen kann, wenn sie die organisierten Gruppen und Interessenverbände in Schach zu halten vermag. Dies ist der SPD im Wahlkampf 1972 durch die Politisierung der Wähler gelungen. Was Willy Brandt ankündigte, ist entstanden: Ein neuer Schwerpunkt, eine neue Mitte. Ich sehe als 'Neue Mitte' politisch selbstbewusste Arbeitnehmer, kritische Intelligenz, für die SPD engagierte progressive Christen und eine politisch wache junge Generation; sie haben die Veränderung der politischen Szene erzwungen. Freilich nur, weil es mit Willy Brandt auch einen personellen Kristallisationspunkt der Macht gegeben hat.

Ob diese Spontaneität des Jahres 1972 aus der Godesberger Volkspartei von 1959 eine Partei der so verstandenen 'Neuen Mitte' für die 70er Jahre machen wird, ob die in der Bundesrepublik einmalige Spontaneität des Jahres 1972 ausreicht, die Basis politisch mobil und auch künftig bei der SPD zu halten, ob die mächtigen organisierten Interessengruppen der Wirtschaft dadurch in Schach zu halten sind: nichts davon ist - darüber sollte sich die SPD klar werden - als Machtfrage über 1976 hinaus entscheiden.

Eine zu rigorose Polarisierung innerhalb der SPD kann die Partei schwächen. Wer viel von 'Lohnabhängigen' spricht, kann damit nicht vertuschen, daß die wirklich Lohnabhängigen, die Arbeiter, nur noch acht bis zwölf Prozent der Parteitage delegierten bei Bezirks- und Landesparteitagen ausmachen. Dies ist ein Alarmsignal für SPD und Gewerkschaften zugleich.

'Neue Mitte', die Realität und nicht Mythos sein will; muß als ein neuer politischer Schwerpunkt in einer veränderten Gesellschaft verstanden werden. Die SPD hat zu dieser neuen Mitte gefunden. Aber diese neue Mitte der SPD befindet sich nah im Zustand der Gärung, ist politisch noch nicht ausgereift. Sie entwickelt politische Dynamik, Erfahrung muß sie erst sammeln. Sie ist in der Lage, eine nach überlieferten Riten lebende SPD zu durchlüften, aber wer durch Fraktionieren in der Partei Macht gewonnen hat, muß danach zeigen, was er sonst noch kann. In der SPD geht die 'theoretische schreckliche Zeit' zuende, was wünschenswert ist, man sollte aber nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Politik von 1959 bis 1973 den gesellschaftlichen Gesamtbedingungen der Bundesrepublik gerecht geworden ist.

Die Union ist stehengeblieben, die SPD greift über die Gegenwart hinaus. Das Wort Polarisierung ist deshalb für diese Entwicklung eine unzureichende Erklärung. In dieser Situation ist es gut, daß wir eine klare Regierungsmehrheit im Parlament haben, denn dies gibt den strukturell labil gewordenen Parteien die Möglichkeit, sich zu regenerieren. Die bundesrepublikanische Gesellschaft hat den Zustand der Ruhe, den viele wieder herbeisehnen, unwiderbringlich verlassen.

Wer in den Parteien meint, wir könnten bleiben, wo wir in den 50er Jahren und in den 60er Jahren ruhten, dem wird die Welt davonrollen. Wer den Mut - manchmal ist es auch Opportunismus - hat, sich mitzubewegen, der kann, schätzt er die Kräfte der Bewegung falsch ein, überrollt werden. Das Risiko gilt für Konservative und für Progressive." (-/28.2.1973/bgy/ex)